Nr. 19 Juni 2017

GEW aktiv

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Marburg - Biedenkopf

# „Wir sind viele. Wir sind eins."

Dem Motto folgend eröffnete der DGB-Kreisvorsitzende Pit Metz seine auf viel Zuspruch treffende Mai-Rede auf dem Elisabeth-Blochmann-Platz mit den Worten: „Wenn ich so sprachbegabt wäre wie der Papst, würde ich meine Maigrüße in der jeweiligen Landessprache formulieren" und schickte solidarische Grüße in viele Länder, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter in unwürdigen oder undemokratischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Er grüßte die Altenpflegerinnen aus Polen und Litauen, die in unserem Land für wenig Lohn und in ungesicherten Verhältnissen arbeiten, genau wie die Werksarbeiter aus anderen Ländern, die auch in Deutschland wenig Lohn für viel Arbeit erhalten. Auf diese Weise machte Pit Metz deutlich, dass es auch in unserem Land immer noch wichtig ist, den Arbeitskampf zu führen, auch wenn uns unsere Politiker*innen weismachen wollen, dass es uns im Vergleich mit anderen sehr gut gehe.

Auch wir in Deutschland lebten nicht „auf einer Insel der Glückseeligen". Geradezu täglich werde von Seiten der Arbeitgeber versucht, errungene Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer niederzuringen, wie man an vielen Beispielen innerhalb der Arbeitswelt (Sonntagsarbeit, Verfügbarkeit im Urlaub…) sehen könne. „Schlechte Arbeit ist besser als gar keine Arbeit", zitierte Metz Angela Merkel und stellte diesen Ausspruch in Frage.

Was passiert mit Menschen, die immer eingeredet bekommen, dass ihre Situation gar nicht so schlecht sei, dass es ihnen also besser gehe als anderswo? Was passiert mit Menschen, die von wenig Lohn oder Hartz-IV leben müssen und sich in der Arbeitswelt unter anderem in Konkurrenz mit Emigranten empfinden? – Man treibe diese Menschen in die Arme des Rechtspopulismus. Die Arbeitswelt müsse daher humaner und gerechter gestaltet werden, forderte Metz, um den Trend nach rechts von Verbitterten in Richtung AfD entgegenzuwirken. Dem Sozialneid müsse durch angemessene Entlohnung der Nährboden entzogen werden.

In Deutschland würden die Probleme der Arbeitswelt weitgehend kaschiert, so Metz, viele Menschen nähmen Einschränkungen hin, weil sie sich für ihre Situation schämen oder aufgrund hoher Arbeitsbelastung keine Zeit mehr hätten, sich zu wehren.

„Wir sind viele. Wir sind eins." – Dieses Motto setzt auf die Grundwerte des Kampfes der Arbeiterklasse – also auf Solidarität mit denen, denen es nicht so gut geht sowie die Überzeugung, dass wir unsere Interessen nur durchsetzen können, wenn wir zusammenstehen. Egal, ob wir diese als Beamte gegen den Staat oder als Arbeiter*innen in der Privatwirtschaft gegen den/die Arbeitgeber*innen durchsetzen möchten.

„Warum dulden wir in Deutschland, dass jährlich 50 Milliarden Euro aus der Steuerreform in die Taschen von wenigen Reichen fließen?", fragte Metz und bemerkte, dass der private Reichtum im krassen Gegensatz zur Aufstellung z.B. der öffentlichen Kassen stehe.

Pit Metz machte deutlich, dass sich Solidarität auch auf den Umgang mit Geflüchteten bezieht. Die Gründe für Flucht müssen wegfallen, aber nicht die Flüchtlinge selbst.

Solidarität forderte Metz auch mit den vielen Marburger Kultur- und Sozialinitiativen. Die bunte Kulturvielfalt Marburgs dürfe nicht durch Kürzungen zerstört werden.

Zum Ende seiner Rede ging Pit Metz auch auf die zu erwartende dramatische Altersarmut ein, die aufgrund der jetzt geltenden Rentenformel vorauszusehen sei.

Abschließend machte der DGB-Kreisvorsitzende deutlich, dass der 1. Mai alles andere als ein Feiertag sei. Der 1. Mai sei ein Kampftag, an dem wir uns unserer Solidarität und unserer gegenseitigen Kampfkraft versichern.

Oberbürgermeister Spies, der Grußworte an die Demonstrant*innen richtete, wurde von mehreren linken Jugendverbänden lautstark dafür kritisiert, dass der jüngst verabschiedete Haushalt der Stadt Marburg für das Jahr 2017 deutliche Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich vorsieht.

Der DGB distanzierte sich während der Kundgebung von dem Auftreten dieser Gruppen. Damit habe man dem DGB einen Bärendienst erwiesen! Unser Demokratieverständnis ist ein anderes, kommentierte Tugba Bakirci (DIDF-Jugend).

Nach dem Oberbürgermeister und der Landrätin Kirsten Fründt meldete sich der Jugendblock zu Wort und ging auf die Situation von Azubis in der Arbeitswelt ein. Die Jugendlichen forderten das Verbot von Leiharbeit, einen gesetzlichen Mindestlohn für alle - auch für Jugendliche, Ausbildungsplätze, die für alle zugänglich sind und in unbefristete Arbeitsverhältnisse münden sowie eine Mindestausbildungsvergütung, von der man als junger Mensch selbstbestimmt leben und an sozialen und gesellschaftlichen Angeboten teilnehmen kann.

So war es ein gelungener 1. Mai in Marburg mit über 500 Menschen, die sich für gute Arbeit einsetzten und der neoliberalen Verwertungslogik eine klare Absage erteilten.

**Marylin Prange**
Foto: Uwe Lange

# Schulpersonalräte informieren und vernetzen

## GEW lädt zu Schulpersonalrätetreffen zu aktuellen schulpolitischen Themen

**Die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer lud in den vergangenen Wochen zu Personalrätetreffen in die Räume der GEW am Schwanhof ein, um über aktuelle schulpolitische Themen zu informieren und eine Plattform für den kollegialen Austausch zu bieten. Diese Treffen waren ein Ergebnis der Klausurtagung des GEW-Kreisverbandes im vergangenen November, auf der festgestellt wurde, dass Schulpersonalräte besser vernetzt werden müssen, um einem zunehmend undemokratischen Gebaren von Schulleitungen entgegenzuwirken und die Kolleginnen und Kollegen über aktuelle Schul-und Tarifpolitik auf dem Laufenden zu halten.**

In diesem Halbjahr standen die „Dienstvereinbarung Teilzeit" zwischen dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer und dem Staatlichen Schulamt, sowie die Pläne der Hessischen Landesregierung zu „Inklusiven Schulbündnissen" im Mittelpunkt der Veranstaltungen.

Es haben Personalrätetreffen der Förderschulen, der Grundschulen, Sekundarstufe I-Schulen sowie der Gymnasien stattgefunden. In Zusammenarbeit mit anderen Interessensvertretungsgruppen haben sich auch Personalräte an beruflichen Schulen getroffen.

## Sekundarstufe I-Schulen

Die Personalräte der Sekundarstufe I-Schulen, die sich am 15. März trafen, diskutierten Möglichkeiten der Implementierung der Dienstvereinbarung Teilzeit. Für die Kolleginnen und Kollegen war wichtig, dass Teilzeitkräfte mit der Dienstvereinbarung eine Hilfe an der Hand hätten, ihre berechtigten Interessen durchzusetzen, aber auch, dass dies nicht auf dem Rücken der Vollzeitkräfte geschehen dürfe. Auf einer Personalversammlung wollen die Personalräte einen individuellen Zuschnitt der Dienstvereinbarung für ihre Schule aushandeln, der dann auf der Gesamtkonferenz abgestimmt werden sollte. Zur Sprache kamen Probleme hinsichtlich des Vertretungsunterrichts, Klassenfahrten, des Umgangs mit Vertretung im Zusammenhang mit wegfallenden Abschlussklassen sowie mit der Frage, was zu tun sei, wenn Schulleitungen nicht bereit wären, die Dienstvereinbarung bekannt zu machen.

Die Unsicherheit über die geplanten „Inklusiven Schulbündnisse" führte zu Diskussionen. Es wurde befürchtet, dass durch die Hintertür wieder „Sonderschulen" eingerichtet würden, wenn man Schulen einen speziellen Förderschwerpunkt zuteile. Die Wahlfreiheit der Eltern und das Recht der betroffenen Kinder

## Direkter Draht zu den Mitgliedern der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat:

| | |
|---|---|
| **Becker, Joana** | joanabecker83@googlemail.com |
| **Braun, Hans** | hans.braun@gmx.de |
| **Denig, Katharina** | k.denig@gmx.de |
| **Hüppner, Heike** | h.hueppner@freenet.de |
| **Kopp-Ruthner, Hille** (Vorsitzende) | hille.kopp@gmx.de |
| **Kuhnt, Denise** (stv. Vorsitzende) | denisekuhnt@web.de |
| **Lange, Uwe** | u.lange@bs-biedenkopf.de |
| **Pfeifer, Eva** | MannshardtE@t-online.de |
| **Prange, Marylin** | marylotta@web.de |
| **Soika, Michael** | misoma@posteo.de |
| **Widdascheck, Frauke** | widdascheck@rgs-marburg.de |
| **Hienz, Vera** (Nachrückerin/Gewerkschafts-beauftragte) | v.hienz@web.de |
| **Steinert, Timo** (Nachrücker/ Gewerkschaftsbeauftragter) | TimoSteinert@t-online.de |

## Kontakt zum Gesamtpersonalrat:

**Tel: 06421 616560, Fax: 06421 616542**

**e-mail: GPRLL.SSA.Marburg@kultus.hessen.de**

mit Behinderung auf „uneingeschränkte Teilhabe“ und auf Zugang zu „Unterricht in der Gemeinschaft, in der sie leben“, wie in der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert, würden damit ausgehebelt.

Gleichzeitig beklagten die Schulpersonalräte jedoch auch die derzeitige Form, Inklusion umzusetzen. Neben Kindern mit Lernhilfebedarf säßen auch Kinder mit sozialemotionalem Entwicklungsbedarf, Kinder mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und Flüchtlingskinder in den Klassen, ohne dass ausreichend Ressourcen geschaffen würden. Viele Kollegen, so berichten die Personalräte, fühlten sich damit überfordert.

Im Anschluss berichteten die Personalräte aus ihren Schulen und klärten Fragen der täglichen Personalratsarbeit. Dabei war es wichtig, rechtliche Sicherheit zu bekommen, man konnte aber auch erfahren, wie bestimmte Probleme an anderen Schulen gelöst werden.

# Grundschulen

Fast 30 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung zum Treffen der Grundschul-Personalräte am 23. März 2017 gefolgt. Gerade im Grundschulbereich mit eher kleinen Schulen und vielen Einer-Personalräten stellen diese Treffen eine gute, manchmal die einzige Möglichkeit zum Erfahrungsaustauch dar. Und so nutzten diese Kolleg(inn)en das Treffen, um Probleme aus dem Schulalltag zu diskutieren und Fragen der täglichen Personalratsarbeit zu klären.

Die Personalräte beschrieben steigende Anforderungen besonders durch Intensivklassen und Inklusion. Um diese Herausforderungen meistern zu können und den Schüler(inn)en weiterhin qualitativ hochwertige Bildung zu ermöglichen, bedürfe es aber besserer Rahmenbedingungen und mitwachsender Ressourcen.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde vereinbart, Herrn Staatsminister Prof. Dr. Lorz in einem offenen Brief die Situation darzustellen, auf die Probleme aufmerksam zu machen und notwendige Maßnahmen zu benennen.

Auch die Attraktivität des Berufs als Lehrkraft oder Schulleiter(in) an einer Grundschule wurde in diesem Zusammenhang thematisiert. Die höchste Unterrichtsverpflichtung (29 Wochenstunden) und die geringste Besoldung (A12) haben in einigen Regionen Hessens bereits zu einem Lehrkräftemangel geführt, der dadurch ausgeglichen werden soll, dass man Gymnasiallehrer(innen) Umschulungen anbietet. Es sei, so war man sich einig, an der Zeit, die Besoldung anzupassen und die GEW-Forderung nach „A13 für alle“ lautstark zu äußern. Eine Arbeitsgruppe konstituierte sich, um konkrete Ideen für den im November geplanten Aktionstag „A13 für alle“ zu entwickeln.

Grundschulen. Foto: Hille Kopp-Ruthner

# Förderschulen

Die Personalräte an den Förderschulen und BFZ diskutierten auch lange zum Status und zu den Aufgaben der BFZ-Lehrkräfte, die in den Schulen sehr unterschiedlich geregelt zu sein scheint. Auf Initiative des Personalrats der Landgräfin-Elisabeth-Schule in Stadtallendorf wurde ein Fragenkatalog entwickelt, den die GEW-Fraktion im GPRLL dem Staatlichen Schulamt vorlegen wird.

Am Ende der jeweils etwa zweistündigen Gespräche waren sich die Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen darin einig, dass solche Treffen regelmäßig einmal im Halbjahr stattfinden sollten, um hinsichtlich schulpolitischer Fragen auf dem Laufenden zu bleiben und Probleme der Personalratsarbeit besprechen zu können. **Hans Braun, Katharina Denig, Hille Kopp-Ruthner**

Förderschulen. Foto: Michael Soika

# Bildung braucht Ressourcen

## Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes

**Unter dem Titel „Bildung braucht Ressourcen“ fand am 15. Februar 2017 die jährliche Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf in der Aula der Adolf-Reichwein-Schule statt.**

„Wozu braucht der Mensch Bildung, wenn man das Wissen dieser Welt binnen Sekunden auf dem Smartphone abrufen kann?“ fragt Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende des GEW-Landesverbandes, in ihrem Impulsvortrag provokant und gibt auch gleich die Antwort: In der Bildung gehe es nicht um das Anhäufen von „Lernhäppchen“ für die nächste Klassenarbeit, das sogenannte Bulimie-Lernen, es gehe um den von Immanuel Kant geforderten „… Mut, sich (seines) eigenen Verstandes zu bedienen“, also um die Emanzipation des Menschen, denn die Demokratie, so Stötzel sei sonst in Gefahr: Die Angst vor sozialem Abstieg lasse Menschen Rechtspopulisten in die Arme laufen.

Das kostbarste Gut im Bildungsprozess sei Zeit. Die fehle im hessischen Bildungssystem, was sich am Mangel an Lehrkräften, an großen Gruppen, hoher Arbeitsbelastung mit der höchsten Pflichtstundenzahl bundesweit ausdrücke.

Stötzel räumt ein: gute Bildung koste Geld, viel Geld, konkret an den wichtigsten Forderungen der GEW festgemacht kommt Stötzel für Hessen auf einen Mehrbedarf von 3,78 Mrd. Euro für die Reduktion der Pflichtstundenzahl auf 25 Wochenstunden, die Verkleinerung der

Auf dem Podium: Katharina Denig, Hille Kopp-Ruthner und Hauptrednerin Karola Stötzel.
Alle Fotos: Uwe Lange

Klassengröße auf 16 Schülerinnen und Schüler, die Festanstellung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, einen Personalpuffer für Vertretung sowie Mehrbedarf für Inklusion.

Allein die Wiedereinführung der Vermögens- und die Reform der Erbschaftssteuer, so rechnet Stötzel, könnten in Hessen diesen Mehrbedarf knapp decken.

In der anschließenden Aussprache wurde über die Frage diskutiert, ob die GEW statt Gehaltserhöhungen nicht Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fordern sollte. Diese Diskussion, so Stötzel, würde geführt, dennoch seien die Entgeltforderungen wichtig, weil es auch im Bildungssektor Menschen gebe, die nicht so gut bedient würden. Moni Frobel, Arbeitnehmervertreterin im Hauptpersonalrat, bekräftigt dies, es gehe bei den Arbeitnehmern darum, auf dem Niveau der Tarifgemeinschaft der Länder zu bleiben, es gehe auch um die zu erwartenden Renten.

Bei belegten Brötchen und einem Kaltgetränk klang die Mitgliederversammlung gemütlich aus.

**Katharina Denig**

# ...da mache ich mit!

O ich möchte mehr Informationen über die Arbeit der GEW!
O ich möchte den newsletter der GEW Marburg!
O ich mache mit! Ich möchte GEW-Mitglied werden!

Name: _____

Anschrift: _____

Schule _____

E-mail: _____

**..... bitte ausschneiden und senden an:**
**GEW, Schwanallee 27, 35037 Marburg**
**oder mail an: gew.mr-bid@t-online.de**

# Berufsverbote - Ausstellung über politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland

Renate Bastian, im Hintergrund Heinrich Löwer. Foto: Ralf Schrader

Am Mittwoch, 22. März 2017, wurde im Marburger Rathaus die Ausstellung zu den Berufsverboten feierlich eröffnet, zu der sich etwa hundert Interessierte einfanden.

Die Ausstellung entstand anlässlich des 45. Jahrestages des sogenannten Radikalenerlasses, in dessen Gefolge Berufsverbote das politische Klima der Republik prägten - über Bespitzelungen durch den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz, Ausgrenzung aus dem öffentlichen Dienst und Entlassungen vorwiegend von politisch links Orientierten.

Für die GEW-Hessen, die zusammen mit IG Metall, ver.di und der VVN/BdA das „Bündnis Berufsverbote Hessen" trägt, führte Ulrike Noll in die Thematik ein.

Renate Bastian, die Witwe von Herbert Bastian, dem wohl bekanntesten Marburger, der als Briefträger von einem Berufsverbot betroffen war, moderierte die Veranstaltung. In einem anschließenden Gespräch gab sie der GEW Einblick in die politische Situation in den 70er und 80er Jahren. **Hille Kopp-Ruthner**

# Radikal sein, sagt Marx, ist die Sache an der Wurzel fassen

## Renate Bastian im Gespräch zum Berufsverbot ihres Ehemannes Herbert

„Wenn wir radikal waren, dann radikale Demokraten", erklärt Renate Bastian, Witwe des Postbeamten Herbert Bastian, der 1987 wegen seines Mandats als Stadtverordneter der DKP im Marburger Stadtparlament entlassen wurde. Es sei ihr und ihrem Mann um soziale Gerechtigkeit gegangen, um Chancengleichheit, die, so Bastian, heute immer noch nicht hergestellt sei. „Wir wollten eine Debatte darüber, ob das Land auf dem richtigen Weg ist, ob wir manches nicht sozialer, freiheitlicher gestalten können." Herbert Bastians Engagement galt dem Bestreben „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" und nie wieder diesen mörderischen Kapitalismus, der Faschismus und Krieg hervorgebracht hatte. Er fühlte sich dem Grundgesetzt verpflichtet, auch Artikel 14 Absatz 2, der lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Überhaupt studierte Herbert Bastian damals das Grundgesetz. „Wir sind nicht nur mit dem Grundgesetz unter dem Arm, sondern mit dem Grundgesetz im Kopf und im Herzen herumgelaufen", sagt Renate Bastian und bezieht sich damit auf die Aussage des ehemaligen Bundesinnenministers Hermann Höcherl (CSU), der sich im Zusammenhang mit Telefonabhörmaßnahmen gegen Linke mit den Worten verteidigte, die Verfassungsschützer könnten nicht ständig das Grundgesetz unter dem Arm tragen. (1) „Aber das hat uns nichts genutzt. Mein Mann versuchte in den Berufsverbotsprozessen ganz explizit darzulegen, welche Teile des Grundgesetzes ihm besonders wichtig sind. Dazu steht der lapidare Satz in den Akten, dies habe nichts zur Erhellung der Situation beigetragen."

Im März 1979 teilte man Herbert Bastian mit, dass Vorermittlungen zu einem Disziplinarverfahren gegen ihn aufgenommen wurden. Das Berufsverbote-Verfahren gegen ihn zog sich über zehn Jahre hin, wie überhaupt alle derartigen Verfahren sehr langwierig und zermürbend waren. Das Verfahren prägte also die aktivste Zeit im Leben der Bastians.

„Damals war Ockershausen ein kleiner, beschaulicher Vorort, jeder kannte jeden und Herbert Bastian war ein ‚Hans-Dampf-in allen Gassen'. Die Bastians waren eine alteingesessene, geachtete Familie. Es begann ein Spießrutenlaufen. Irgendetwas, so dachten wohl die Menschen, müsse doch dran sein. Ohne Handhabe, würde doch ein solches Verfahren nicht begonnen, also müsse er doch etwas angestellt haben in seinem Dienst. Es blieb immer ein kleiner Verdacht hängen. Es kam vor, dass Bekannte demonstrativ in eine andere Richtung schauten, wenn sie Herbert be-

gegneten", erinnert sich Renate Bastian.

Vor allem aber schwebte das Verfahren wie ein Damoklesschwert über der Familie, denn es wurde ja mit dem Ziel oder zumindest der Gefahr der Entfernung aus dem Dienst geführt. „Das war eine erhebliche existenzielle Bedrohung. Wenn die Einkommensquelle wegfällt, dazu noch unter den spezifischen beamtenrechtlichen Bedingungen, ist das sehr hart, denn es gab kein Arbeitslosengeld und die Pensionsansprüche waren verwirkt."

Das Perfide an den Berufsverboten sei gewesen, erklärt Renate Bastian, dass die Betroffenen wegen ihrer Gesinnung, nicht wegen irgendwelcher Taten und schon gar nicht wegen Straftaten verfolgt worden seien. Man sagte damals, der Ministerpräsidentenbeschluss richte sich gegen Rechte und Linke. Schon die Gleichsetzung mit Rechtsextremisten empfanden die Bastians diffamierend. In Wirklichkeit habe sich die Anwendung des Erlasses in fast allen Fällen gegen Linke gerichtet, es habe nur ein oder zwei Ausnahmen gegeben.

Die Berufsverbote trafen DKP-Mitglieder und Mitglieder der Partei nahestehender Organisationen. Deswegen war der Radikalenerlass ein indirektes Parteienverbot. Es wirkte über die Kriminalisierung der Mitglieder.

Bei Herbert Bastian kam hinzu, dass ihm sein Mandat als DKP-Stadtverordneter zur Last gelegt wurde. Man legte ihm nahe, das Mandat niederzulegen. „Das ging natürlich überhaupt nicht! Herbert stellte dann auch Strafanzeige wegen Nötigung – erwartungsgemäß ohne Erfolg."

In den Berufsverbote-Verfahren sei die Beweislast umgedreht worden: „In einem Rechtsstaat gilt man so lange als unschuldig, bis man einer Tat überführt wird. Bei den Berufsverbotsverfahren mussten die Beschuldigten die Unschuld ihrer Gesinnung nachweisen. Wenn man das versucht hatte, wurde gesagt: ‚Du sagst das jetzt, und womöglich stimmt das jetzt auch, aber wird das auch in Zukunft gelten?' Man musste sich also für Taten verantworten, die man möglicherweise in Zukunft begehen könnte! In zweifacher Hinsicht wurden also mit dem Erlass rechtsstaatliche Prinzipien gebrochen."

Der Wortlaut des Radikalenerlasses war sehr eng angelegt an §4 des „Gesetz(es) zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.April 1933. (3) Dies war, so Bastian, empörend. Dennoch bot ihr Mann ihrer Meinung nach „… die Gewähr dafür (…), dass er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt…' (4).

Vor dem Bundesdisziplinargericht wurde Herbert Bastian dann auch freigesprochen, weil weder dienstlich, noch außerdienstlich etwas gegen ihn vorlag, das Zweifel an seiner demokratischen Haltung gerechtfertigt hätte. Doch dann legte der Bundespostminister Schwarz-Schilling Berufung ein und Herbert Bastian musste vors Bundesverwaltungsgericht. „Das war für mich der gespenstigste Augenblick im ganzen Verfahren. Da konnte man sich den Mund fusselig reden und sein Innerstes nach außen stülpen, es wurde gar nicht richtig zugehört. Man hatte das Gefühl, das Urteil stand eigentlich schon fest. Es herrschte eine eisige Kälte dort - zum Erfrieren!"

Nach diesem Urteil wurde Herbert Bastian 1987 „aus dem Dienst entfernt".

Bei den Prozessen waren die Bastians jedoch nie allein. Immer waren da Vertreter der Komitees gegen Berufsverbote und ausländische Beobachter. „Was ursprünglich mit der Berufsverbote-Praxis bezweckt war, eine linke politische Haltung zu isolieren und zu stigmatisieren, ist nicht gelungen. Allein in Dortmund gingen im Jahr nach dem Radikalenerlass 20 000 Menschen auf die Straße, um gegen die Berufsverbote zu demonstrieren."

Auch von politischer Seite spürte Herbert Bastian Solidarität: „Das Stadtparlament stellte sich mit zwei Beschlüssen vor Herbert Bastian und der damalige Oberbürgermeister Hanno Drechsler (SPD), der das Etikett ‚Kommunistenfresser' mit Würde getragen hatte, äußerte sich öffentlich gegen das Berufsverbot, ebenso der CDU-Abgeordnete im Hessischen Landtag Walter Troeltsch. Auch der Hessische Landtag wandte sich in einem Beschluss gegen die Praxis der Berufsverbote. Über die Parteigrenzen hinweg sagten diese Politiker: ‚Hier geschieht Unrecht'. Das war wichtig, denn man versuchte damals, die Kommunisten zu isolieren, das konnte manch einen dann auch in den Rückzug treiben."

Von großer Bedeutung war auch die internationale Solidarität. „Ich glaube, mit seinem Gehalt als Postbeamter im unteren Dienst hätte mein Mann nicht so viel reisen können, wie zu den Einladungen zu Veranstaltungen gegen Berufsverbote. Er reiste nach England, Frankreich oder Schottland. Gute Kontakte hatten wir zu Holland. Im niederländischen Alkmaar gab es eine große Solidaritätsbewegung mit zahlreichen Demonstrationen, Veranstaltungen und einem Stadtratsbeschluss. Wenn Bekannte aus Alkmaar auf der Durchreise waren, kamen sie immer vorbei."

Obwohl der existenzielle Druck enorm war, dachten die Bastians nicht ans Aufgeben: „Wir dachten, wenn wir aufgeben, ist das ein indirektes Eingeständnis, eine Zustimmung zu dem Berufsverbot. Alles, wofür Herbert sich eingesetzt hatte, wäre dann in den Wind geschrieben."

Der Antikommunismus, der noch aus der Zeit des Faschismus herrührte, strahlte bis in die Gewerkschaften aus. So kam es in vielen Gewerkschaften, auch in der GEW, zu „Unvereinbarkeitsbeschlüssen", die zum Ausschluss von

Herbert Bastian nach seiner Wiedereinstellung 1990. Foto: privat

Mitgliedern führte, die in linken politischen Gruppierungen organisiert waren. Herbert Bastian selbst wurde nicht ausgeschlossen und blieb bis zu seiner Entlassung Vertrauensmann. Die Gewerkschaft gewährte ihm Rechtsschutz und er konnte die zehn Jahre finanziell nur überstehen, weil er Unterstützung vom Heinrich Heine-Fond erhielt.

Viele andere Betroffene wurden jedoch aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und standen dann ohne Rechtsschutz da.

„Ich finde es wichtig und auch sehr mutig, dass die Gewerkschaften, gerade die drei an der Ausstellung „Vergessene Geschichte – Berufsverbote" beteiligten, also IGM, ver.di und GEW, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf ihren Bundeskongressen aufgehoben haben. Das gehört zur Rehabilitation dazu. Besonders eindrucksvoll hat sich die GEW hier in Hessen durch Jochen Nagel bei den Betroffenen entschuldigt." (4) Die geforderte Rehabilitation und finanzielle Entschädigung, meint Renate Bastian, sei Sache des Arbeitgebers. Viele Betroffene hätten diese bitter nötig, ein zehnjähriger Kampf bedeute finanzielle Einbußen, die sich bis zur Rente fortsetzten. Dass es möglich sei, Justizopfer zu entschädigen, zeige die beschlossene Entschädigung der Menschen, die unter den Paragraphen 175 gefallen wären, welche Renate Bastian sehr begrüßt. Der politische Wille müsse da sein.

Aus diesem Grund sei auch die Ausstellung „Vergessene Geschichte - Berufsverbote" wichtig. Der Radikalenerlass wurde noch nicht vollständig abgeschafft, die Betroffenen für das erlittene Unrecht weder entschädigt noch rehabilitiert. Im Gegenteil würden Personen

nach wie vor vom Verfassungsschutz bespitzelt, wie zum Beispiel die Lehrerin Silvia Gingold wegen ihrer Aktivitäten im Rahmen der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA)".

Obwohl die Berufsverbote seit dem Ende der 80er Jahre abgeebbt sind, gibt es noch immer Fälle. Beispielsweise wurde 2004 der Heidelberger Lehrer Michael Csaszkóczy auf der Grundlage des Radikalenerlasses mit einem Berufsverbot belegt, allerdings wurde das Urteil aufgehoben.

Wichtig ist Renate Bastian, dass auch die alten Urteile endlich aufgehoben werden, „Es ist ein Unding, dass die noch gelten."

Auch sieht sie zurzeit wieder eine verstärkte Tendenz, demokratische Rechte auszuhebeln. „Damals wurden wir als ‚Handlanger Moskaus' beschimpft, heute ist es die Terrorgefahr, die es offenbar legitimieren soll, Telefone abzuhören und die Mail-Korrespondenz auszuspionieren. Unter dem Deckmantel der Terrorgefahr werden unsere Grundrechte angetastet, dagegen müssen wir etwas tun. Wehret den Anfängen!"

**Katharina Denig**

1) http://www.gutzitiert.de/zitat_autor_hermann_hoecherl_thema_grundgesetz_zitat_24015.html
2) http://www.verfassungen.de/de/de33-45/beamte33.htm
3) Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 29. Februar 1972, S. 342 Faksimile, 1000dokumente.de).
4) (Siehe dazu: www.berufsverbote-hessen.de/buendnis-berufsverbote-hessen/beschluesse-zum-radikalenerlass/gew-zum-radikalenerlass/)

Alle Fotos: privat

## Beschluss der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2017

1. Anlässlich des 45. Jahrestages des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 bezeichnet die Stadtverordnetenversammlung die Berufsverbote als gravierenden Fehler und fordert die Rehabilitierung der Betroffenen.
2. Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, sich nachdrücklich bei der hessischen Landesregierung, der Bundesregierung und den Nachfolgern der damaligen Unternehmen (z.B. Deutsche Post AG, Deutsche Bahn) für die Rehabilitierung der von Berufsverbot Betroffenen einzusetzen. Für die Stadt Marburg gilt dies insbesondere für den ehemaligen Stadtverordneten und Postbeamten Herbert Bastian, der durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts 1987 nach jahrelangen rechtlichen Auseinandersetzungen „aus dem Dienst entfernt" wurde.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung auf, den „Radikalenerlass" förmlich aufzuheben, die Berufsverbote in Hessen durch eine Kommission aufzuarbeiten und die Betroffenen öffentlich zu rehabilitieren.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken gefasst.

# Die Schwerbehinderten-vertretung – gefragt wie nie?

Im November 2018 werden die nächsten Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung (SBV) im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf stattfinden. In dieser Wahlperiode haben sich erhebliche rechtliche Änderungen ergeben. So sind unter anderem das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) sowie Änderungen beim Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) in Kraft getreten. Die Integrationsvereinbarung im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums (HKM) wurde novelliert und im März 2017 im Amtsblatt veröffentlicht. Über die Neuerungen gibt die Gesamtschwerbehindertenvertretung (GSV) gerne Auskunft.

Schon seit dem letzten Jahr müssen die Örtlichen SBV auch bei z. B. schulbezogenen Ausschreibungen beteiligt werden. Das führte dazu, dass diese auf einmal sehr viele Anrufe von Schulleitungen entgegennehmen durften. Die Örtlichen SBV sollten am besten sofort dem ein oder anderen Ausschreibungstext zustimmen, was selbstverständlich erst nach einer schnellen, aber dennoch gründlichen Prüfung möglich war. Faktisch bedeutete dies aber kaum mehr Einfluss auf Stellenbesetzungen mit Schwerbehinderten.

An dieser Stelle bietet es sich an, nochmals die Aufgaben der SBV knapp zu umreißen. Wie der Personalrat ist die SBV eine Interessenvertretung. Sie leistet einen bedeutenden Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe und sozialen Integration Schwerbehinderter und diesen Gleichgestellten sowie von Behinderung bedrohter Menschen in Betrieben und Dienststellen.

Von Kolleginnen und Kollegen, Personalräten sowie Schulleitungen wird die GSV immer wieder gefragt, wer der hiesigen SBV angehört und wer von diesen Personen für welche Schulen und Aufgaben zuständig ist.

## Die SBV der Lehrkräfte im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf stellt sich vor:

**Werner Wörder**
Bezirk Martin-Luther-Schule Marburg (alle Marburger Schulen außer den Berufsschulen) Werner Wörder ist darüber hinaus Gesamtschwerbehindertenvertreter. Er ist für die Interessen der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen auf Schulamtsebene zuständig. In dieser Funktion arbeitet er eng mit dem Gesamtpersonalrat zusammen.
Tel.: 06421-163820 (AB) od.
wew@gmx.tm.

**Catalin Oprera**
Bezirk BS Kirchhain (alle schulen östlich und nördlich von Marburg.
c-a.oprea@gmx.de Tel.: 06422-938941

**Wiebke Willms**
Bezirk GS Gladenbach (Hinterland).
wiebkewillms@aol.com
Tel.: 06462-912400

**Roland Wolff**
Bezirk Kaufmännische Schulen(alle Marburger Berufsschulen, alle Schulen südlich von Marburg).
Roland.Wolff@ksm-mr.de

Der langjährige Schwerbehindertenvertreter Dr. Konstantin Müller ist inzwischen im wohlverdienten Ruhestand. Er wurde im Juni 2016 nach 18 Jahren Arbeit für die SBV vom Amtsleiter unseres Schulamtes Herrn Bernhardt und Werner Wörder auf einer Dienstversammlung der schwerbehinderten Lehrkräfte offiziell verabschiedet. **Werner Wörder**

# Tarifabschluss 2017

## Engagement zahlt sich aus: es konnte ein deutliches Lohnplus erzielt werden

Nachdem beim Verhandlungsauftakt der hessischen Tarifrunde am 27. Januar 2017 seitens des Arbeitgebers kein Angebot vorgelegt wurde, wurden die Gewerkschaftsmitglieder zum Warnstreik am 8. Februar 2017 aufgerufen. Mehr als 2000 Kolleginnen und Kollegen fanden sich bei der zentralen Kundgebung in Wiesbaden ein.

Am 2. März 2017 begann dann in Dietzenbach nach lautstarker Begrüßung des Innenministers durch eine Vielzahl mit Transparenten und „Akustikelementen" ausgestatteten Kolleginnen und Kollegen die zweite Verhandlungsrunde.

Nach zähen und mehr als 15-stündigen Verhandlungen konnte am frühen Morgen des 3. März 2017 ein Tarifergebnis erzielt werden:

- o rückwirkend zum 1. März 2017 gibt es für die Tarifbeschäftigten des Landes 2,0 % mehr Gehalt; mindestens jedoch 75 Euro
- o zum 1. Februar 2018 steigen die Gehälter um weitere 2,2 %
- o am 1. Januar 2018 bzw. 1. Oktober 2018 wird in zwei Schritten eine neue Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 – 15 eingeführt
- o Vereinbarung zur stufengleichen Höhergruppierung – bisher einmalig im Länderbereich

Darüber hinaus erhalten die Landesbeschäftigten zum 1. Januar 2018 (zeitlich befristet bis 31. Dezember 2018) eine Freifahrtberechtigung im Nah-und Regionalverkehr des Landes Hessen.

Verhandlungen zur Eingruppierung der hessischen Lehrkräfte sollen Ende 2017 / Anfang 2018 aufgenommen werden.

Auch wird es Verbesserungen bei Beurlaubungszeiten zur Kinderbetreuung oder zur Pflege naher Angehöriger geben.

Zum Ende der Verhandlungen – am frühen Morgen des 3. März – erklärte der Innenminister ultimativ, er werde das materielle Angebot nur dann aufrechterhalten, wenn die Gewerkschaften der Aufnahme des Verbotes der Vollverschleierung in den Tarifvertrag zustimmen.

Nach langer Diskussion (Was sucht ein „Burkaverbot" im Tarifvertrag?) hat zunächst die Tarifkommission und am 17. März 2017 auch der GEW-Landesvorstand dem Tarifergebnis zugestimmt. Eine Verweigerung der Zustimmung hätte das materielle Ergebnis der Verhandlungen in Frage gestellt. Einig waren sich alle, dass das „Burkaverbot" aus wahltaktischen Gründen im Tarifvertrag festgeschrieben werden soll. Eine solche „Erpressung" zeigt, wie wichtig die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder ist. Sonst ist auch weiterhin zu befürchten, dass mit Verhandlungen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen die politischen Interessen des Arbeitgebers in unzulässiger Weise verknüpft werden.

Inzwischen wurde das Tarifergebnis für die Angestellten im Öffentlichen Dienst auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Die Übertragung erfolgt allerdings erst ab Juli 2017. Beamtinnen und Beamten erhalten dann 2,0 Prozent, mindestens aber um 75 Euro mehr. Für den 1. Februar 2018 ist dann eine zweite Erhöhung um 2,2 Prozent zugleich mit den Tarifbeschäftigten vorgesehen

Auch für Beamtinnen und Beamten soll es das Job-Ticket geben, also die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs ermöglicht werden. Das Ticket gilt nach Aussagen der Landesregierung zu jeder Tages- und Nachtzeit für ganz Hessen im Nah- und Regionalverkehr, also für Busse, Straßenbahnen sowie U-, S- und Regionalbahnen. Weitere Details sind noch nicht bekannt. **Denise Kuhnt**

# GEW an der Uni Marburg

Studieren und Mitglied der GEW, einer Gewerkschaft sein – klingt irgendwie abwegig? Keineswegs: Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen, es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht; ein breites Bildungsangebot und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessensverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben.

Allein kann man dem aktuellen Bildungs- und Sozialabbau kaum etwas entgegensetzen. Doch gemeinsam lässt sich etwas erreichen: Die GEW bietet allen eine Plattform, die für ein demokratisch organisiertes Bildungssystem einstehen. Der Einsatz vieler Kolleginnen und Kollegen, die für bessere Studien-, Arbeits- und Lebensbedingungen streiten, ist unser Kern.

Wir sind…

- für eine sozial gerechte, demokratische Hochschule ohne offene oder versteckte Studiengebühren
- für freien Zugang zur Hochschule
- für freie und emanzipatorische Bildung
- gegen Diskriminierung wegen Geschlecht, Herkunft, körperlicher und geistiger Eigenschaften und sexueller Orientierung
- für eine tarifliche Absicherung der studentischen Hilfskräfte
- für eine internationale Ausrichtung gewerkschaftlicher Studierendenarbeit
- für eine rüstungsfreie Forschung (Zivilklausel)

Gerne sind wir offen für weitere Themen – eine Gewerkschaft ist nur so stark, wie ihre Mitglieder sich einbringen!

Wenn du dich vor Ort an deiner Universität engagieren möchtest und nicht weißt, welche Möglichkeiten es gibt, dann nimm gerne Kontakt zu unseren Aktiven vor Ort auf:

**Jonathan Schwarz**
**(studierende-MR@gew-hessen.de)**

## Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle
Schwanallee 27 - 31

**Rechtsberatung mit Doris Bunke**
06427-2330, Nach Vereinbarung
**Rechtsberatung mit Volrad Döhner**
06421-84787, Termine nach Vereinbarung

# Gedenksymposium für Wolfgang Klafki

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg veranstaltet zum Gedenken an Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Klafki ein Symposium mit Vorträgen zu grundlegenden Themen bzw. Bereichen seines akademischen Schaffens.
**Zeit:** Freitag, 01.09.2017, von 10:00 h - 17:30 h
**Ort:** Lern- und Forschungswerkstatt des Instituts für Schulpädagogik, Pilgrimstein 2, in Marburg
**Das vorläufige Programm sowie regelmäßig aktualisierte Informationen zur Veranstaltung sind über die Homepage www.uni-marburg.de/fb21/inmemoriam/wolfgangklafki oder direkt über www.uni-marburg.de/fb21/inmemoriam/gedenksymposium abrufbar.**
**Um Anmeldung an die E-Mail Adresse dekan21@staff.uni-marburg.de wird bis zum 26. April 2017 gebeten.**
**Für Fragen zur Veranstaltung stehen wir Ihnen unter der selben Adresse gerne zur Verfügung.**

# „Zukunfts(t)räume“ beim Bildungsfest in Marburg

## Studierende bieten ein buntes Programm zum 10. Jubiläum

Wir können auf 10 Jahre Bildungsfest in Marburg zurückblicken und gleichzeitig ist es ein Zeitpunkt, in die Zukunft zu schauen.

Vor 10 Jahren entstand das Bildungsfest aus einem Seminar in der Uni, in dem sich eine Gruppe Studierender ausgiebig mit Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinandergesetzt hat und ihr Wissen raus aus dem Hörsaal in die Stadt tragen wollte. Seitdem hat sich das Fest als ein Raum etabliert, um über Ideen für eine bessere Zukunft nachzudenken. Die kleine Zeltstadt, die jährlich für vier Tage an der Lahn entsteht, bietet Begegnungen, Inspiration, Bildung und Spaß. Auch dieses Jahr freuen wir uns auf spannende Themen, gute Musik, ein kulturelles Abendprogramm und interessante Workshops!

Bei uns sind alle Altersgruppen herzlich willkommen und im vielfältigen Programm ist für jede*n etwas dabei! Also – sagt es weiter, kommt auf unser Fest und nutzt die Gelegenheit, euch in entspannter Atmosphäre mit Nachhaltigkeitsthemen auseinanderzusetzten oder einfach nur ein kühles Getränk und leckeres Essen zu genießen!

Unter dem diesjährigen Motto „Zukunfts(t)räume“ könnt ihr dieses Jahr vom 22. bis zum 25. Juni rund um Mittsommer mit uns über Wünsche für die Zukunft nachdenken und sommernachtsträumen. Wir freuen uns darauf!

**Bildungsfest in Marburg vom 22. bis zum 25. Juni auf den Lahnwiesen**
**Joe Corell**

Foto: Erich Schumacher

# Strategien und Argumente gegen rechte Freihandelskritik – Für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung

**Mit Roland Suess (Attac)**
**Di. 21.6. 20 Uhr, TTZ – Softwarecenter. 3**

# Nachruf
# Bernd Albert

## (15.9.1946 -10.3.2017)

Bernd, wie wir ihn kannten. Foto: privat

Bernd war unser Gewerkschaftskollege seit August 1974 und ein im wahrsten Sinne des Wortes aktiver GEWler.

Bernd hat sich in vielen gewerkschaftlichen Themenbereichen engagiert. In den letzten Jahren lag ihm besonders der Kampf gegen Lobbyismus an Schulen am Herzen und die GEW Marburg-Biedenkopf machte das Thema zum Gegenstand ihrer Kreisvorstandsklausur.

Bernd hat sich nicht nur für seine eigenen Belange stark gemacht. Es gab in den letzten Jahren kaum eine GEW-Aktion, die er nicht aktiv unterstützt hat. Stöbert man im GEW-Archiv oder schaut sich alte Ausgaben der GEW aktiv an, so ist Bernd immer in der ersten Reihe zu sehen: Bei Aktionen zur Ferienbezahlung befristet Beschäftigter vor dem Staatlichen Schulamt und der Arbeitsagentur, bei Maikundgebungen auf dem Elisabeth-Blochmann-Platz, bei diversen Demos in Wiesbaden, bei der jährlichen Aktion zur besoldungsmäßigen Gleichstellung der Grundschullehrkräfte „A13 für alle“, …

Nach seiner Ruhestandsversetzung nahm er sich Zeit für sportliche Aktivitäten wie Segeln, Rad- oder Skifahren. Dennoch hat er kaum eine Kreisvorstandssitzung versäumt, weiterhin seine Ideen eingebracht und Impulse gesetzt.

Bernd war über viele Jahre leitender Redakteur der Oberhessischen Gewerkschaftszeitung OGZ, des Vorläufers der GEW aktiv. Danach hat er auch viele Ausgaben der GEW aktiv als Mitglied im Redaktionsteam gestaltet. Bernd genoss es, nach der Verteilung der Zeitung in seiner Schule durch den Flur zu gehen und das GEW-Logo gut sichtbar aus 100 Postfächern herausragen zu sehen.

Zusammen mit Heiner Rüsse und Reinhold Hünlich hat er bis zuletzt die Zeitungen im Landkreis ausgefahren – trotz Wind und Wetter mit dem Fahrrad. Bei dieser Ausgabe müssen wir erstmals ohne ihn auskommen.

Bernd hat sich eingemischt. Er hat für seine Überzeugungen gekämpft und andere unterstützt. Er war präsent, darum fehlt er uns jetzt so sehr.

Er hätte gesagt: Weitermachen!

**Hille Kopp-Ruthner**

# Impressum + Redaktion:


## Impressum

Herausgeber:
GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg
Tel.: 06421 - 21812, Fax: 164532
e-mail: gew.mr-bid@t-online.de
Layout:
Schumacher Informations-Design
Druck:
msi-media serve international GmbH,
Marburger Str. 92, 35043 Marburg
Auflage: 3500

## Das Redaktionsteam dieser Ausgabe

Katharina Denig, Hille Kopp-Ruthner

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.*

Briefe an die Redaktion:

gew.mr-bid@t-online.de